

Volks-Zeitung

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt Utk

Ercheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens. Abonnements-
preis in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg,
Pommern, Sachsen a. Herzogt. Anzahl 30 Pf. wöchentlich oder M. 1,30
monatlich. Abonnementspreis bei Postbestellung monatlich M. 1,80, viertel-
jährlich M. 3,90, Feldpost-Abonnements M. 1,80 monatlich. Insertions-
preis die Zeile 50 Pf. mit 45 Pf. Zuschlag, für Stellenangebote und
Gesuche 70 Pf. mit 45 Pf. Zuschlag; Familien-Anzeigen für Abonnenten
70 Pf. die Zeile; Kleine Anzeigen: das Wort 20 Pf., das fettgedruckte Wort
50 Pf. mit 50% Zuschlag. - Redaktion u. Haupt-Exped.: SW, Jornaletener
Str. 46-49. - Tel.: Zentrum Nr. 10181-10144, L. d. Fernverh. Nr. 14207-14208.
Chefredakteur: Otto Naschke.

Verleger: Rudolf Mosse, Berlin SW.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Radek in Berlin verhaftet.

Das bolschewistische Propaganda-
Bureau beschlagnahmt.

Berlin, 12. Februar. (W. L. Z.)
Der russische Bolschewikenführer Radek
ist von der Berliner Kriminalpolizei
entdeckt und verhaftet worden.

Nach vorläufigen Beobachtungen ist es am gestrigen Nach-
mittag gegen 6 Uhr gelungen, den verächtlichen Ruffen Sobelsohn, der
unter dem Namen Karl Radek sein Unwesen getrieben hat,
und dessen unheimlichem Wüthen zusammen mit Viehrecht die
blutigen Wirren im Januar zu danken sind, dingfest zu machen.

Radek wurde in seinem spartacistischen-bolschewistischen Propa-
gandabureau, das sich in einem dunkeln Berliner Vorort
befand, verhaftet und in das zellengefüllte Moabit gebracht.
Wir erfahren folgende Einzelheiten:
Wie wir bereits vor mehreren Wochen zu berichten in der Lage
waren, war Radek nach der Niederwerfung des Spartacistenauf-
standes nach Berlin zurückgekehrt, nachdem er es vor-
gezogen hatte, für etwa zehn Tage zu verschwinden. Radek war im-
merhin in Wien gewesen, hatte dort mehrere Freunde und Ge-
nehmungen mitgebracht und hatte von dort auch seine Sekretä-
rin, eine Wiener Spartacistin, die in österreichischen Kommunisten-
kreisen bereits eine führende Rolle gespielt hatte, nach Berlin mit-
gebracht. Radek war sehr vorsichtig geworden und vermied nach dem
Tode Sobelsohns und Rosa Luxemburgs alles Auffsehen. Er vermied
es, öffentlich aufzutreten und knüpfte ganz im Geheimen die Fäden
mit den übrigen Führern der Spartacisten-Bewegung in Berlin so-
wohl wie in Deutschland wieder an. Es war den Behörden bekannt
geworden, daß Radek, der aber beträchtliche Geldmittel ver-
fügt, und der durch Riviere

dauernd mit Geld aus Rußland versorgt

wurde, nach dem Ende Sobelsohns die Führung der kommuni-
stischen Partei in Deutschland übernommen
hatte. Radek hielt sich zunächst bei Kommunisten in Berlin auf,
wechelte seine Quartiere jedoch fast allnäglich, um mög-
lichst alle Spuren zu verwischen. Wie vorsichtig er war, geht daraus
hervor, daß sich in Radeks Besitz eine kleine Apotheke mit den
verschiedensten Giften befand. Radek war so misstrauisch,
daß er nach dem Genuß fast jeder Speise oder von Getränken Ge-
genstände nahm, da er stets in der Befürchtung lebte, von seinen
politischen Gegnern vergiftet zu werden. Er wechselte ständig die
Wohnung und ließ bald in Zivil, bald in deutscher Militäruniform
umher. Obwohl mehrere Kriminalbeamte im Auftrag der Regierung
Radek häufig verfolgten, gelang es doch fast niemals, feiner habhaft
zu werden. Vor einigen Wochen richtete Radek in der Woh-
nung, die einer seiner Freunde, der als Arzt auftrat,
gemietet hatte, ein großes Propagandabureau ein. Radek trat
unter dem Namen Dr. Freund, auch als Dr.
Kreiser auf und ließ durchblicken, daß er mit einer
neuen Erfindung beschäftigt sei. In diesem
Propagandabureau ließen die sich zusammen, die sich über ganz
Deutschland erstreckten. Mit Hilfe seiner Sekretärin, die, wie un-
zweifelhaft festgestellt ist, in Bremen, Braunschweig und in
Weimar für Radek tätig war und die dortigen Kommuni-
stischen mit Geld versorgte, hat Radek alles getan, um
die richtige Arbeit in Braunschweig zu verhängen. Sein Werk war
die Gründung des Spartacisten-Bundes in Weimar. Radek hat vor
allem die Beziehungen zu Elshorn ausgenommen, der eben-
falls seit Wochen wieder in Berlin weilte. Ferner hat er mit
anderen bekannten Spartacisten-Führern Verbindung unterhalten.
Auf Radeks Verhaftung war eine Prämie von 20 000 Mark
ausgesetzt worden. Diese Summe sollte derjenige erhalten, dem
es gelang, Radeks Wohnung festzusetzen oder An-
gaben zu machen, die zu seiner Verhaftung führen
konnten. Seit einigen Tagen war es dem Kriminalbeamten nun

gelingen, sich an Radeks Fersen zu heften. Er hatte herausgefunden,
zu welchen Zeiten der Russe in seinem Bureau zu arbeiten pflegte
und er hatte ferner ermittelt, daß am Abend eine Spartacisten-
Zusammenkunft stattfinden sollte, an der, wie man erfährt, auch
Sobelsohn teilzunehmen wollte.

Die Verhaftung.

Am Nachmittag gegen 4 Uhr rief der Kriminalbeamte,
nachdem Radek kurz zuvor das Haus betreten hatte, beim Regi-
ment Reinhard an und teilte mit, daß Radek in seinem Bureau
weile. Er bitte sofort um Unterstützung. Darauf begab sich ein
Offizier mit sechs Mann nach dem Westen. In unaufrichtiger
Weise näherte man sich dem spartacistischen Bureau, und nachdem
noch andere Truppen alle Ausgänge umstellt hatten, drang man in das
Gebäude ein. Radek befand sich mit seiner Sekretärin in einem
Privatbureau. Der Russe war sehr elegant gekleidet. Er trug einen
Strakanzug und hatte noch immer den schmalen Wadenbart, der
ein charakteristisches Merkmal seines Erscheinens war. Der Kriminal-
beamte trat auf Radek zu, der in Anbetracht der verfallenen Macht
seinerlei verdächtige Bewegung machte, und sagte: „Sie sind Karl
Radek. Ich verhafte Sie!“ Radek wurde sehr bleich
und behauptete, daß hier ein Irrtum vorliege.
Er sei ein Arzt und habe mit dem Gefährten
nicht das geringste zu tun. Als der Beamte jedoch sich
nicht verblüffen ließ und die Sekretärin ebenfalls ver-
haftete, sagte Radek: „Garantieren Sie mir für mein
Leben? Darf ich hoffen, daß mir unterwegs nichts passiert?“
Der Offizier sagte ihm hierauf vollen Schutz zu. Radek zog darauf-
hin einen eleganten Gehelp an und wurde unter starker Bedeckung
in einem Auto, das von zwei Revolvermannen besetzt war,
von den Gefängnissen vor etwaigen Angriffen zu sichern, abgeführt.
Alle in dem Hause befindlichen Personen wurden
ebenfalls verhaftet und abgeführt. In dem Bureau
Radeks fand man eine Unmenge bolschewistischer Propaganda-
materialien, das beschlagnahmt wurde. Aus den vorhandenen
Akten läßt sich man wichtige Aufschlüsse über die Führer der Be-
wegung erhalten.

Radek wurde zum Regiment Reinhard gebracht, wo er
zuerst von Oberleutnant v. Kessel verhört wurde. Radek, der
einen sehr niedergeschlagenen Eindruck machte, beantwortete die-
sesmal die Frage, ob er den Einbruch sei, sofort bejahend. In
ziemlich gutem Deutsch, mit etwas russischem Akzent, machte er dann
weiterhin Angaben. Hierauf wurde Radek von Oberst Reinhard
selbst verhört. Er gestand ein, daß er der kommunistischen Be-
wegung angehört habe. Er wurde sodann unter starker Bedeckung in das
Zellengefüllte Moabit überführt.

Oberleutnant v. Kessel machte uns folgende Angaben:
Der Verhaftete erklärte Oberst Reinhard während des Verhörs, er,
Radek, sei Mitglied der russischen Regierung und als
solches hier tätig. Er erklärte ohne Aufforderung:

„Ich bin von Richard Müller und Rolkenbach hierher
gerufen worden.“

Radek ist klein, schlaufröhlich und machte einen eleganten Eindruck.
Wie das Regiment Reinhard mitteilt, soll der ebenfalls bekannte
Spartacisten-Führer Dr. Wedi in München verhaftet worden sein.

Mit Radek ist eine der gefährlichsten Persönlichkeiten der
bolschewistischen-spartacistischen Bewegung in die Hände der
Polizei geraten. Wir haben erst kürzlich ein Lebensbild dieses
sympathischen Herrn entworfen, der wegen Lebensverhältnisse
erst aus der polnischen, dann aus der deutschen Sozialdemo-
kratie ausgestoßen worden ist. In bolschewistischem Rufstand
ist er dann wieder zu Einfluss gelangt. Er wurde der Propa-
gandachef der Leninischen Regierung; seinem Einfluß vor allem
ist die Durchführung des blutigen Terrors zu verdanken. Da-
nach ging er nach Deutschland, um auch den Bolschewismus
(in Form des Spartacismus) zum Siege zu führen. Es ist zu
hoffen, daß seine politische Rolle mit seiner Verhaftung aus-
gespielt ist.

Ein unmöglicher Präsident.

von Otto Nuschke,
Mitglied der Nationalversammlung.

In der deutschen Nationalversammlung in Weimar wird
sich heute die neue Regierung dem Parlament vorstellen, um
durch das Vertrauen der Mehrheit der Volkswahl die
Legitimation zur Führung der Reichsgeschäfte zu erhalten.
Unter den neuen Regierungsmitgliedern wird sich der bis-
herige Präsident der deutschen Nationalversammlung, Herr
Dr. David befinden, dem die Stelle eines Reichspräsidenten
ohne Vorwissen zugesagt ist. Es ist klar, daß Dr. David
nicht beide Ämter versehen kann; denn beide erfordern einen
ganzen Mann. Aber man wird Dr. David nicht ohne großes
Bedauern von dem Amte des Parlamentspräsidenten scheiden
sehen. Die wenigen Tage seiner Amtsführung haben bewiesen,
daß er hier der rechte Mann am rechten Platze war. Er
leitete die Verhandlungen mit Energie und Umsicht und er
sah in allen schwierigen Lagen stets das richtige Wort. Vor
allem war er dem Posten geistig gewachsen. Seine Reden
aus Anlaß der eigenen Wahl und der Erwählung des Reichs-
präsidenten waren das Beste, was bisher in der Nationalver-
sammlung gesagt worden ist. Es wird sehr schwer werden,
für Dr. David einen gleichwertigen Erlass zu finden.

Nach den Vereinbarungen unter den Parteien soll nun der
Posten des Präsidenten der Nationalversammlung an das
Zentrum abgetreten werden. Wir stehen nicht an, auszu-
sprechen, daß wir diese Regelung auf das lebhafteste
bedauern. Es war ein grundsätzlicher Fehler, die Frage
des Parlamentspräsidenten mit der Regierungsbildung zu
verwickeln. Die Besetzung des Parlamentspräsidenten sollte
schon grundsätzlich nur nach den Verhältnissen in den Parla-
menten selber richten. Der beste Grundfals ist der, der die
Verteilung der Präsidentschaften nach der Stärke der einzelnen
Fraktionen vorzieht. Dieser gesunde Grundfals ist im alten
Reichstage wiederholt durchbrochen worden. Man hat nach
den Reichswahlen und nach den Wahlen von 1912 ein Mehr-
heitspräsidium gebildet. Das waren Notbehelfe, die
aber eine gewisse Berechtigung darin fanden, daß die ver-
stärkte Wahlkreisverteilung die wirklichen Mehrheitsverhält-
nisse der Parteien im Reichstage nicht zum Ausdruck kommen
ließ. Für die Nationalversammlung ist auf Grund eines
Wahlrechts gewährt worden, das ein fast photographisch ge-
naues Bild der Wahlergebnisse gibt. Die stärkste Partei im
Landes hat auch die meisten Mandate, und nur die Deutsche
demokratische Partei ist in den Mandaten insofern zu kurz
gekommen, als das Zentrum durch die Listenveränderung mehr
Mandate erzielte als die Demokraten, obwohl diese über einige
hunderttausend Stimmen mehr verfügen als das Zentrum.

In der Ueberlieferung des Postens des Parlamentspräsidenten
an das Zentrum liegt darum nicht nur ein Unrecht gegen die
Sozialdemokratie, sondern auch gegen die Deutsche demo-
kratische Partei. Das um so mehr, als das Zentrum bei den
beiden wichtigen Abstimmungen seither in der Nationalver-
sammlung auseinandergefallen ist. Der bayerische Teil
des Zentrums der sich auch einen besonderen Namen als
„Bayerische Volkspartei“ zugelegt hat, stimmte gegen die Not-
verfassung, und bei der Präsidentschaftswahl gaben die bayeri-
schen Zentrumsteile weiße Zettel ab.

Das jetzige Präsidium der Nationalversammlung war vor-
züglich zusammengesetzt. Die stärkste Partei stellte den Präsi-
denden, die Demokraten, das Zentrum und die gemeinsame
Rechte je einen Vizepräsidenten. Nun soll der Grundfals der
Fraktionsstärke wieder umgeworfen werden. Für die Zukunft
wird das neue Unrecht geschaffen, die bis in den neuen
Reichstage hinein wirken wird.

Das Bedenklichste an der geplanten Umstufung des Parla-
mentspräsidiums ist aber die Absicht, Herrn Feilchen-
bach auf den Präsidentschaftstuhl der Nationalversammlung zu
setzen. Das muß den schärfsten Widerspruch heraus-
fordern. Neben der alten Regierung hat in den Revolutions-
tagen niemand mehr verlangt als der alte Reichspräsident
Feilchenbach. Seine Pflicht wäre es gewesen, am 9. November
nach Herrn Scheidemann vor die revolutionäre Menge zu
treten und den Reichstag in Permanenz zu erklären. Durch
den reiflosen Niederbruch der alten Gewalten ist in der Haupt-
sache die große Wirnis entstanden, unter der wir jetzt leiden.
Erst acht Tage nach der Revolution wagte Herr Feilchenbach
die Aufgabe bei der Revolutionsregierung, ob er den Reichs-
tag einberufen dürfe. In diesen acht Tagen aber, war die
Weltgeschichte über den Reichstag hinweggegangen und die
Arbeiter- und Soldatenräte hatten alle politische Macht in
die Hände genommen, da auch Herr Feilchenbach am 9. Novem-
ber nicht einen Teil davon dem Reichstage zu erhalten wußte.
Schließlich spricht gegen Herrn Feilchenbach auch noch ein
außenpolitisches Moment. Schon die Namen der neuen
Regierungsmitglieder zeigen zu viel alte Männer. Tritt
zu einer solchen Regierung und zu der alten Reichs-
tagsmehrheit, die wir doch auch wieder haben, gar noch
der alte Reichspräsident, so ist wirklich zuviel „Be-
lastung“. Dafür sollte man auch im Zentrum selber Ver-

Der neue Waffenstillstand.

Genf, 12. Februar. (Privat.)
Das „Journal des Debats“ erzählt, der oberste
Reisegerat habe die Notwendigkeit erkannt, die Welt
nicht länger unter dem Eindruck eines bewaffneten Friedens
mit Deutschland zu lassen, sondern zu einem definitiven Frieden
zu gelangen. Deshalb habe man die Möglichkeit
ins Auge gefaßt, auf die andauernden Erneuerungen des
Waffenstillstandes zu verzichten und den neuen Waffen-
stillstand vom 17. Februar in eine dauernde militä-
rische Konvention zu verwandeln. Diese Militä-
rkonvention würde der erste Akt des definitiven Friedens
sein, dem später territoriale, wirtschaftliche und politische
Bestimmungen hinzugefügt werden sollen. Die militärische
Konvention, deren Basis die Begrenzung der deut-
schen Rüstungen sein werde, soll den Alliierten ge-
statten, in aller Ruhe zu demobilisieren. Zwei
Methoden seien dafür ins Auge gefaßt. Die erste be-
stehe darin, den deutschen Rüstungen eine de-
finitive Grenze zu setzen, die zweite Methode wäre die,

von Deutschland die Auslieferung des Kriegs-
materials in einem Umfang zu verlangen, der Deutsch-
land zwingen würde, seine Effektivbestände innerhalb der
von den Alliierten festgesetzten Grenzen zu halten. Sollte die
zweite Methode angenommen werden, so werde Deutschland
ein genaues Verzeichnis über sein Material liefern müssen.

Paris, 12. Februar. (Gaba.)

Die Sonderkommission zum Studium der Bedingungen des
Waffenstillstandes trat heute zusammen und arbeitete einen
Bericht aus, der morgen um elf Uhr dem obersten Kriegs-
rat vorgelegt werden wird. Außer den hochkommandierenden der
verbündeten Armeen werden morgen der entscheidenden Sitzung die
Feldmarschälle Petain und Haig und die Generale Pershing
und Diaz beizutreten. Feldmarschall Foch wird Paris am Abend
des 13. verlassen, wenn er sich bis dahin in Besitz des Logies für die
Erneuerung des Waffenstillstandes befindet. Er wird diesen Text
der deutschen Delegation mitteilen.

Paris, 12. Februar. (Gaba.)

Präsident Wilson hat sich in West eingeschiffet.